

Augiasstall

Die Gewerkschaften und das große Geld

Peter Hartz, ehemaliger Personalvorstand bei VW und Namenspatron der rot-grünen Verarmungsgesetze, hat bei der Staatsanwaltschaft zugegeben, dem damaligen VW-Betriebsratsvorsitzenden Klaus Volkert zehn Jahre lang zusätzlich zu Gehalt und anderen Bonuszahlungen einen Sonderbonus von rund 200.000 Euro im Jahr, also insgesamt fast 2 Millionen, gezahlt zu haben. Einfach so – und ab zur Tagesordnung. Möchte nicht jeder einen Millionär zum Betriebsratsvorsitzenden, wenn er schon selber keiner werden kann?

Wir wollen mal nachkarten.

Erstens: Ein Betriebsratsvorsitzender verdient sehr gut – meistens die höchste Tarifgruppe plus Zuschläge, Vergütungen für Sitzungen und Spesen. Dafür muss ein Bandarbeiter mindestens zwei Jahre arbeiten. Zweitens: der Betriebsrat ist seinen Wählern verpflichtet, ihre Interessen zu vertreten (sicher im Rahmen des Betriebsverfassungsgesetzes, also sowieso gebremst). Drittens: Für geheime Sonderzahlungen, die weder der übrige Betriebsrat noch das Unternehmen kennen, gibt es keinen Grund außer: Bestechung.

Und das nicht zu knapp. Für 200.000 Euro kann man möglicherweise in Düsseldorf nur eine Garage mit Rheinblick erwerben, aber in Niedersachsen auf den Dörfern im Umkreis von Wolfsburg schon ein hübsches Einfamilienhaus, und in Mecklenburg möglicherweise ein ganzes Dorf. Was macht ein Betriebsratsvorsitzender mit zehn Häusern? Oder mit 2 Millionen Euro?

Wir wissen nicht, was Klaus Volkert damit gemacht hat. Wir wissen aber, dass der Sinn dieses großen Geldes ist, einen dem

Unternehmen und der Hartz-Logik hörigen Mann zu züchten und zu erhalten, der alles tut, was VW nützt, auch gerade dann, wenn es nicht im Interesse seiner Kollegen ist. Wir kennen die Auswirkungen, zum Beispiel beim Streik der ostdeutschen Metaller, als sich alle Betriebsräte der westdeutschen Autoindustrie gegen die Kollegen stemmten, oder beim Streik der Opel-Kollegen in Bochum. Nicht immer muss so viel Geld fließen, um Betriebsratsvorsitzende zur Standortlogik zu bekehren. Aber unter Peter Hartz gibt es solche Globalisierungsgewinner – weil es auch viele Verlierer gibt, die das Geld für Klaus Volkert und andere abgezogen bekommen haben.

Was für ein Augiasstall entpuppt sich noch hinter dem Türschild «Hartz», der immerhin für den Bundeskanzler den Berater und politischen Freund gespielt hat?

Bestechung von Betriebsräten ist möglicherweise noch nicht mal ein Straftatbestand. Das Schweigen, mit dem Volkerts Rücktritt begleitet wurde, zeigt aber vor allem, dass es noch nicht einmal in der IG Metall ein diskussionswürdiger Tatbestand ist.

Das aber ist die wichtigste Frage: Wie kommt ein Funktionär wie Volkert in der IG Metall hoch, wer kontrolliert ihn auf seinem Posten, und wie reagiert eine demokratische Organisation wie seine Gewerkschaft auf diese Vorfälle? Rücktritt und das wars? Und was veranlasst die IG Metall, um solche Bestechungen nicht nur aufzudecken, sondern unmöglich zu machen?

ROLF EULER

(Aus: SoZ, Nr. 12, Dezember 2006)

SoZ Sozialistische Zeitung

monatlich mit 24 Seiten Berichten und Analysen zum alltäglichen kapitalistischen Irrsinn und den Perspektiven linker Opposition

SoZ-Verlag · Dasselstr. 75–77 · D-50674 Köln
Fon (02 21) 9 23 11 96 · Fax 9 23 11 97
redaktion@soz-verlag.de · www.soz-plus.de

Ich bestelle eine

- kostenlose **Probeausgabe**
 Probeabo (4 Ausgaben) gegen 10-Euro-Schein
(keine automatische Verlängerung)

Name Anschrift

Ausschneiden und einsenden an: SoZ, Dasselstr. 75–77, 50674 Köln

NOCH LIEFERBAR

Jakob Moneta
Solidarität im Zeitalter des
Skeptizismus. Kommentare
aus drei Jahrzehnten
Köln 2004, 76 Seiten
(SoZ Sozialistische Texte)

Für 3 Euro (gegen Rechnung)
bestellen



JAKOB MONETA
SOLIDARITÄT
im Zeitalter des Skeptizismus
Kommentare aus drei Jahrzehnten

SoZ Sozialistische Texte 1

November 2004

Was will die SoZ?

■ Die *Sozialistische Zeitung* (SoZ) setzt sich zum Ziel, publizistisch dazu beizutragen, alle Verhältnisse umzuwerfen, in denen der Mensch ein erniedrigtes, geknechtetes, verlassenes und verächtliches Wesen ist.
■ Sie versteht sich deshalb als Teil der emanzipatorischen Bewegungen, deren Ziel die Befreiung der Menschen von Unterdrückung, Ausbeutung, Entfremdung und Gewalt ist.
■ Der Kampf für umfassende Emanzipation kann nur erfolgreich sein, wenn die unterdrückten und entfremdeten Menschen sich für ihre eigenen Interessen und gegen Unterdrückung und Erniedrigung selbst engagieren. Deshalb verteidigt die SoZ demokratische Ansprüche individueller wie kollektiver Art und bekämpft alle Formen ausgrenzender Diskriminierung (Chauvinismus, Sexismus, Rassismus, Antisemitismus usw.) in der bürgerlichen Ge-

sellschaft wie auch innerhalb linker Organisationsformen.

■ Der Kampf für umfassende Emanzipation in der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft wird nicht zuletzt entlang des Widerspruchs zwischen Lohnarbeit und Kapital geführt. Deshalb versteht sich die SoZ als grundsätzliche Gegnerin der weltweit vorherrschenden kapitalistischen Gesellschaft und ergreift Partei für die gegen Profitstreben und Konkurrenzkampf streitenden abhängig Beschäftigten.
■ Es gibt Widersprüche, die nicht auf den Widerspruch von Lohnarbeit und Kapital zu reduzieren sind – die Geschlechterfrage und die Ökologiefrage bspw. oder die Missachtung demokratischer Rechte von besonders unterdrückten und benachteiligten Bevölkerungsteilen. Deren praktische und theoretische Bearbeitung erfordert eigenständige Mittel. Ihre besondere Ausformulierung erfahren diese Widersprüche durch die bürgerliche Gesellschaft und den sie

zentral durchziehenden Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit. Es bedarf deswegen einer neuen, sich nicht selbst herstellenden Einheit in der Vielfalt, eines neuen Bündnisses von demokratischen und sozialistischen Kämpfen.

■ Da der Kampf um umfassende Emanzipation ein internationaler ist und letzten Endes auch nur dann erfolgreich sein kann, wenn er als internationalistischer weltweit geführt wird, versteht die SoZ die Förderung internationaler Solidarität und internationaler Zusammenarbeit als eine besondere Aufgabe der Zeitung.
■ Notwendig ist eine sozialistische Gesellschaft. Ihre ökonomische Grundlage kann nur sein: eine demokratisch geplante, selbstverwaltete Wirtschaft, die sich vor allem an den Bedürfnissen der Menschen orientiert – anstatt am Profit der Unternehmer und Banker oder den Privilegien der Bürokraten. Ihre politische Grundlage kann nur sein: Die Verwirklichung der breitesten Demokratie, die Selbstbestimmung

der Produzenten und die Selbstorganisation aller, die einer besonderen Form der Unterdrückung unterliegen. Ziel muss also eine Gesellschaft sein, die im Gegensatz zur bürgerlich-kapitalistischen Klassengesellschaft und zu den ehemaligen bürokratischen Regimen (in der Ex-DDR, der Ex-UdSSR, in China usw.) steht. Sozialistische Demokratie kann sich nur da entwickeln, wo individuelle Rechte garantiert und erweitert werden, wo sich politische, soziale und kulturelle Demokratie entwickeln kann, ohne auf Grenzen von Macht und Herrschaft zu stoßen.

■ Eine solche Gesellschaft von morgen wird in den Kämpfen von heute aufgebaut. Die SoZ als eine von Parteien unabhängige Zeitung tritt in diesen Kämpfen für die Einheit der sozialistischen Kräfte und für den Aufbau einer organisierten Gegenmacht ein, die uneingeschränkt für diese Ziele steht.

Auszug aus dem Redaktionsstatut der SoZ